

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Einleitung	1
I. Fragestellung: Der Einzelne im europäischen Verwaltungsgefüge ..	1
II. Analyserahmen: Institutionelle und individuelle Dimensionen des europäischen Verwaltungsrechts	4
III. Diskussionsverläufe	6
IV. Forschungsfragen und Gang der Untersuchung	10
A. Der Einzelne im Mittelpunkt des europäischen Verwaltungsrechts	12
I. Strukturen der institutionellen Ausdifferenzierung: Drei Dimensionen der europäischen Verwaltungsarchitektur	12
II. Der Aufstieg des Einzelnen zur originären Kategorie – Ein neues Leitbild für das europäische Verwaltungsrecht	27
III. Der Einzelne als normative Konstruktion	43
IV. Rechte des Einzelnen im europäischen Konstitutionalisierungsprozess	54
B. Der Einzelne als Träger subjektiv-öffentlicher Rechte – Grundlagen und Ausprägungen im europäischen Verwaltungsrecht	67
I. Zum Begriff der subjektiv-öffentlichen Rechte im europäischen Verwaltungsrecht	67

II. Vom grundrechtsgleichen Schutz des Marktbürgers zur Unionsbürgerschaft: Der Weg des subjektiv-öffentlichen Rechts	78
III. Subjektiv-öffentliche Rechte des europäischen Verwaltungsrechts in der Ära der Grundrechtskodifikationen	120
C. Instrumente der Rechtsdurchsetzung	153
I. Die plurale Begründungsstruktur effektiver Rechtsdurchsetzung	155
II. Grundprinzipien der Rechtsschutzorganisation im europäischen Verwaltungsrecht	156
III. Problemschwerpunkte der wichtigsten Individualrechtsbehelfe zur Unionsgerichtsbarkeit	164
IV. Einbindung mitgliedstaatlicher Gerichte in den Rechtsschutzverbund	175
V. Die neue institutionelle Bedeutung des EGMR	179
VI. Außergerichtliche Mechanismen der Rechtsdurchsetzung	189
D. Der Rechtsstatus des Einzelnen im EU-Eigenverwaltungsrecht	200
I. Grundlagen	200
II. Sektorale Entfaltung der Verteidigungs- und Verfahrensrechte ..	202
III. Verfahrensrechte und Rechtsschutz gegenüber der Delegations- und Durchführungsrechtsetzung	278
IV. Von der sektoralen zur horizontalen Gewährleistung von Verfahrensrechten und Individualrechtsschutz?	297
E. Der Rechtsstatus des Einzelnen im Bereich des mitgliedstaatlichen Vollzugs	308
I. Grundlagen	310
II. Die Rechtsposition des Einzelnen im europäisierten Verwaltungsverfahren	318
III. Die Rechtsstellung des Einzelnen im europäisierten Verwaltungsprozess	364

IV. Der unionsrechtliche Haftungsanspruch des Einzelnen gegen die Mitgliedstaaten	386
F. Herausforderungen durch Verbundstrukturen: Der Einzelne im Planungs-, Regulierungs- und Informationsverbund	
I. Grundlagen	402
II. Der Rechtsstatus des Einzelnen im Kontext europäischer Planungsverbünde	405
III. Der Rechtsstatus des Einzelnen im Bereich der Europäischen Regulierungsverbünde	419
IV. Der Rechtsstatus des Einzelnen im Kontext europäischer Informationsverbünde	436
Gesamtergebnis	454
Rechtsaktsverzeichnis	463
Literaturverzeichnis	473
Register	547

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Einleitung	1
I. Fragestellung: Der Einzelne im europäischen Verwaltungsgefüge ..	1
II. Analyserahmen: Institutionelle und individuelle Dimensionen des europäischen Verwaltungsrechts	4
III. Diskussionsverläufe	6
IV. Forschungsfragen und Gang der Untersuchung	10
A. Der Einzelne im Mittelpunkt des europäischen Verwaltungsrechts	12
I. Strukturen der institutionellen Ausdifferenzierung: Drei Dimensionen der europäischen Verwaltungsarchitektur	12
1. Primärrechtliche Ausgangskonfiguration der Verwaltungsorganisation: Zweidimensionalität von EU-Eigenverwaltung und mitgliedstaatlichem Vollzug	15
a) Rechtsgrundlagen für den mitgliedstaatlichen Vollzug	15
b) Rechtsgrundlagen für die EU-Eigenverwaltung	16
2. Verbundstrukturen als dritte Dimension europäischer Verwaltung	18
a) Sachkompetenzen als Grundlagen sekundärrechtlicher Organisationsentwicklung	18
b) Bestätigung durch die neuere Rechtsprechung	21
3. Transformationsprozesse in der europäischen Verwaltungsorganisation	23
a) Überspielung der klassischen Aufgabenteilung von direktem und indirektem Vollzug	23
b) Herausbildung von Verbund- und Netzwerkstrukturen – Expansion der EU-Eigenverwaltung	24

II. Der Aufstieg des Einzelnen zur originären Kategorie – Ein neues Leitbild für das europäische Verwaltungsrecht	27
1. Die frühe Entdeckung von Fremdzweck und Selbstzweck	27
a) Der Einzelne als maßgeblicher Akteur bei der Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts	28
b) ... und als Entität um seiner Selbst willen	28
2. Dominanz funktional-instrumenteller Zwecke in der Ära des Marktbürgers	29
3. Die Normativitätsschübe von Maastricht und Lissabon: Konstitutive Ausrichtung auf den Einzelnen	32
4. Funktionale Subjektivierung und individuelle Autonomie: Rechtsvergleichende und rechtsstrukturelle Aspekte	33
a) Parallelen im Verwaltungsrechtsvergleich	33
b) Zur Relation der Zwecksetzungen. Primär- und Sekundärzwecke ..	34
5. Die doppelpolige Zweckstruktur als Herausforderung an das interdisziplinäre Orientierungswissen	35
a) Begrenzte Aussagekraft des Zweckdenkens in der Rechtswissenschaft	36
b) Interdisziplinäres Orientierungswissen für die funktional- instrumentelle Dimension	37
c) Interdisziplinäres Orientierungswissen für die individuell- autonome Dimension	39
III. Der Einzelne als normative Konstruktion	43
1. Vielgestaltigkeit der sozialen Erscheinungsformen: Unternehmen, Individuen und Interessengruppen als „Einzelne“ des europäischen Verwaltungsrechts	43
2. Die normative Konstruktion	49
3. Re-Differenzierung einzelner Statusverhältnisse	53
IV. Rechte des Einzelnen im europäischen Konstitutionalisierungsprozess	54
1. Ein neues Leitbild	56
2. Gegenläufige Konstitutionalisierungsprozesse	58
a) Der Weg des nationalen Verwaltungsrechts: Konstitutionalisierung von der Verfassung her	58
b) Der Weg des europäischen Verwaltungsrechts: Konstitutionalisierung auf die Verfassung hin	59
3. Funktionswandel der Individualrechte im Konstitutionalisierungsprozess	61
a) Stufen des Konstitutionalisierungsprozesses	61
b) Funktionswandel der Individualrechte	64

4. Konstitutionalisierung und Dekonstitutionalisierung: Die doppelte Bedeutung der europäischen Gesetzgebung	65
B. Der Einzelne als Träger subjektiv-öffentlicher Rechte – Grundlagen und Ausprägungen im europäischen Verwaltungsrecht	67
I. Zum Begriff der subjektiv-öffentlichen Rechte im europäischen Verwaltungsrecht	67
1. Unbestimmtheit und Entwicklungsoffenheit einer Grundkategorie des Rechts	68
2. Handhabung durch den Gerichtshof	70
3. Das subjektiv-öffentliche Recht als Relations- und Strukturbegriff	72
a) Autonome unionsrechtliche Begriffsbildung vor mitgliedstaatlichem Erfahrungshintergrund. Normativierung, Relationierung, Grundrechtsorientierung: Konzeptioneller Wandel im deutschen Verwaltungsrecht	73
b) Dreigliedrige Grundstruktur des subjektiv-öffentlichen Rechts im Unionsrecht	75
II. Vom grundrechtsgleichen Schutz des Marktbürgers zur Unionsbürgerschaft: Der Weg des subjektiv-öffentlichen Rechts	78
1. Allgemeine Rechtsgrundsätze als individualschützende Grundstruktur des europäischen Verwaltungsrechts	79
a) Richterrechtliche Ausprägung der wichtigsten Verfahrensgarantien. Die europäischen Marktbürger als Nutznießer	79
b) Das Recht auf Anhörung als europäisches Kernverfahrensrecht	84
c) Verteidigungsrechte als verfahrensbezogene Operationalisierungsebene	87
d) Richterrechtliche Subjektivierung des Gemeinsamen Marktes. Grundfreiheiten als Rechtstitel europäischer Marktbürger	88
e) Entfaltung der individuellen Gehalte. Warenverkehrsfreiheit als Zentralnorm der europäischen Wirtschaftsverfassung	89
f) Zur Abgrenzung von Grundfreiheiten und Grundrechten	91
2. Die Entdeckung der Gemeinschaftsgrundrechte im Verwaltungsprozess	94
a) Das europäische Verwaltungsrecht als Laboratorium der richterrechtlichen Grundrechtsentfaltung	94
b) Zum Anwendungsbereichs der EU-Grundrechte: Die Urteile Wachauf und ERT	98

3. Der Weg vom Marktbürger zum Unionsbürger	102
a) Die Unionsbürgerschaft als neuer Grundstatus des Einzelnen?	103
b) „Civis Europaeus Sum“. Die Projektion der Unionsbürgerschaft.	104
aa) Unionsbürgerschaft als Quelle politischer Rechte	106
bb) Unionsbürgerschaft als „Nukleus einer europäischen Solidarität“	106
c) Verselbständigung der Unionsbürgerschaft	109
4. Der Unionsgesetzgeber als Akteur der Individualrechtsgestaltung	111
a) Richterrechtliche Subjektivierung der legislativen Handlungsformen: Eine institutionelle Paradoxie	112
b) Unionsgesetzgebung zwischen Funktionsbegriff und Rechtsbegriff	115
c) Verfahrens- und Rechtsschutzgestaltung durch den Unionsgesetzgeber	117
III. Subjektiv-öffentliche Rechte des europäischen Verwaltungsrechts in der Ära der Grundrechtskodifikationen	120
1. Die europäische Grundrechtsarchitektur nach Lissabon	120
a) Unionsgrundrechte, Europäische Menschenrechtskonvention und Grundrechtecharta als verschränkte Gewährleistungen	120
b) Grundrechtsmaximierung und neue Unübersichtlichkeit	121
2. Die Europäische Menschenrechtskonvention als Maßstab des Unionsrechts	122
a) Rezeption durch das Medium allgemeiner Rechtsgrundsätze	123
b) Erstreckung der EMRK auf ökonomisch geprägte Sachverhalte und Wirtschaftssubjekte	124
c) Zusammenführung von <i>effet utile</i> , Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten: Der Rechtsbegründungsstandard des Urteils Johnston	127
d) Die Rezeption der EMRK in der weiteren Rechtsentwicklung. Das Unionsrecht auf dem Weg zum Beitritt zur EMRK	129
3. Die EU-Grundrechtecharta zwischen individualrechtlichem Aufbruch und Versteinerung des status quo	132
a) Facetten des individualrechtlichen Aufbruchs	133
aa) Erweiterung und Vertiefung des materiellen Grundrechtsbestands: Menschenwürde, Wirtschaftsgrundrechte, Diskriminierungsverbote und soziale Grundrechte	133
bb) Verfahrensrechtlicher Neubeginn im Recht auf gute Verwaltung?	135
(1) Zwischen Verfahrensgerechtigkeit und Good Governance, Hard Law und Soft Law: Konzeptionen guter Verwaltung ..	135
(2) Die kleine Lösung in Artikel 41 GrCh: Gute Verwaltung als Sammelgrundrecht	137
(3) Verkürzung des Anwendungsbereichs auf die EU-Eigenverwaltung	139

b) Gegenläufige Tendenzen	140
aa) Das Grundrechtsbegrenzungsinstrumentarium der Grundrechtecharta	140
bb) Das institutionelle Gefährdungsszenario: Verselbständigung der Grundrechtecharta in Richterhand	142
cc) Kohärenzverluste durch textile Entkopplung von Charta und Unionsverträgen und Opt-Out-Klauseln	144
c) Die Grundrechtecharta als strukturierendes Zentrum der Grundrechtsjudikatur – Die neue Normativität in der Rechtsprechungspraxis	146
aa) Wirkungsrichtung unmittelbar gegen die Unionsgewalt	147
bb) Wirkungsrichtung gegen die Mitgliedstaaten	148
 C. Instrumente der Rechtsdurchsetzung	 153
I. Die plurale Begründungsstruktur effektiver Rechtsdurchsetzung	155
II. Grundprinzipien der Rechtsschutzorganisation im europäischen Verwaltungsrecht	156
1. Zentraler und dezentraler Individualrechtsschutz	156
2. Das Trennungsprinzip der Foto-Frost-Doktrin	158
3. Dynamik der Verbundstrukturen	159
4. Binnendifferenzierung in der Gerichtsverfassung der EU	161
III. Problemschwerpunkte der wichtigsten Individualrechtsbehelfe zur Unionsgerichtsbarkeit	164
1. Nichtigkeitsklage als Instrument des Individualrechtsschutzes und Schaltzentrale im Rechtsschutzverbund	165
2. Primärrechtsschutz jenseits der Nichtigkeitsklage	168
3. Konkurrenz des Sekundärrechtsschutzes	171
IV. Einbindung mitgliedstaatlicher Gerichte in den Rechtsschutzverbund	175
1. Mitgliedstaatliche Gerichte als funktionale Unionsgerichte	175
2. Aufgabendifferenzierung entlang des Instanzenzugs	177
V. Die neue institutionelle Bedeutung des EGMR	179
1. Vom Auslegungsmonopol des EuGH zur mittelbaren Kontrollkompetenz des EGMR	180
a) Konformitätsvermutung und „manifestly deficient“-Standard der Entscheidung Bosphorus	182
b) Der EGMR und die „funktionalen Unionsgerichte“	185
2. Der EGMR in der Beitrittsperspektive. Die Individualbeschwerde gegen Rechtsakte der Unionsorgane	185

VI. Außergerichtliche Mechanismen der Rechtsdurchsetzung	189
1. Europäischer Bürgerbeauftragter	189
a) Grundlagen des Amtes	190
b) Die Rechtsschutzfunktion des EU-Bürgerbeauftragten	191
c) Der Bürgerbeauftragte als Akteur der Recht- und Regelsetzung ...	193
2. Weitere außergerichtliche Institutionen im Dienste des Einzelnen	194
a) Europäischer Datenschutzbeauftragter	195
b) EU-Grundrechteagentur	198
D. Der Rechtsstatus des Einzelnen im EU-Eigenverwaltungsrecht	200
I. Grundlagen	200
1. Das Gegenübertreten von supranationaler Hoheitsgewalt und privaten Akteuren im EU-Eigenverwaltungsrecht	200
2. Genuine Formation eines Individualrechtsregimes	202
II. Sektorale Entfaltung der Verteidigungs- und Verfahrensrechte ..	202
1. Das europäische öffentliche Dienstrecht als Nukleus und Katalysator der Individualrechtsentwicklung	204
a) Individualrechtsschutz im Zusammenspiel von richterrechtlichen Rechtsgrundsätzen und Bereichskodifikation	207
b) Verbot der <i>déni de justice</i> als individualschützendes Mandat der europäischen Rechtsprechung	208
c) Entfaltung des Anhörungsrechts	209
d) Subjektivierung der Individualrechtsbegründung: Von den objektiven Verwaltungsgrundsätzen zur Personalisierung und Grundrechtsorientierung der Verfahrensrechtsbegründung ...	212
e) Modellcharakter für die institutionell-organisatorische Ausgestaltung des Individualrechtsschutzes	213
aa) Verwaltungsinterner Rechtsschutz	213
bb) Ausdifferenzierung der Gerichtsverfassung	214
cc) Pionierfunktion beim Rechtsschutz im Bereich verselbständigerter Verwaltungseinheiten und bei den außergerichtlichen Konfliktlösungsmechanismen	215
2. Konsolidierung von Verfahrensrechten und Rechtsschutz im Wettbewerbsrecht	216
a) Die unternehmensbezogene Wettbewerbsaufsicht als vertragstextliches Fundament der europäischen Eigenverwaltung. Gegenübertreten von Kommission und Privaten unter dem EWG-Vertrag	218
b) Operationalisierung der Wettbewerbsaufsicht durch den Gemeinschaftsgesetzgeber	219

aa) Die Kartellverfahrensverordnung 17/62/EWG als Vollzugsgrundlage	220
bb) Re-Organisation durch die Kartellverfahrensverordnung 1/2003/EG	221
(1) Umstellung von der a priori- auf die a posteriori-Kontrolle	222
(2) Netzwerk der Wettbewerbsbehörden	222
cc) Aufsichts- und Sanktionsbefugnisse der Kommission gegenüber den Unternehmen	224
dd) Ausdifferenzierung der Bereichskodifikation: Handlungsrahmen und Eingriffsbefugnisse der Fusionskontrollverordnung	226
ee) Ausgestaltung von Verfahren und Rechtsschutz	227
c) Expansion und Vertiefung der kommunikativen Verfahrensdimension	228
aa) Der verfahrensrechtliche Aufbruch in Transocean Marine Paint: Universalisierung des Rechts auf Anhörung	229
bb) Rezeption und Fortentwicklung	231
cc) Verselbständigung des Akteneinsichtsrechts	232
dd) Begründungspflichten	234
d) Einbindung des „Dritten“ in das Verwaltungsverfahren	235
aa) Beschwerdeführer und weitere Drittbeteiligte	236
bb) Rechtsdurchsetzung mit Mitteln des Privatrechts	238
e) Verfahrensgrundrechte als Maßstab der Wettbewerbsaufsicht	240
aa) Grundrechtlicher Reformdruck	240
bb) Reaktion der Rechtsprechung	241
cc) Stufung der Schutzstandards als Folgewirkung: Wechselwirkung zwischen weitem Schutzbereich und erleichterter Einschränkbarkeit	243
f) Administrative Beurteilungsspielräume als Individualrechtsgefährdung. Kompensation durch Verfahrensrechte	245
aa) Beurteilungsspielräume zugunsten der Wettbewerbsaufsicht	246
bb) Kompensation durch Verfahren	250
g) Handhabung von Verfahrensfehlern	252
aa) Das strenge Fehlerfolgenregime	252
bb) Rückbezüge zum Verhältnis von Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess	255
cc) Ökonomisierung des Fehlerfolgenrechts	255
3. Zwischen Eigenverwaltung und Verwaltungsverbund: Verfahren und Rechtsschutz in mehrstufigen Verwaltungsverfahren	258
a) Mehrstufige Entscheidungsstrukturen in der Zollverwaltung	259
b) Der Verfahrensgedanken im gestuften Verwaltungsverfahren	261
aa) Die Rechtssache TU München	261
bb) Die nachfolgende Rechtsentwicklung	263
cc) Verfahrensrechte im Zollkodex	264
c) Rechtsschutz im Zollverfahrensrecht	265

4. Institutionelle Verselbständigung als Herausforderung	266
a) Verfahrensrechte gegenüber Europäischen Agenturen	267
aa) Bedeutung der Gründungsrechtsakte. Korrelation zwischen Kompetenzprofil und Individualrechtsgewährleistung	267
bb) Rechtspraktische Ausgestaltung	268
(1) Ausgebaute Verfahrensregime bei Agenturen mit verfahrensabschließenden Kompetenzen	268
(2) Unterentwickelte Verfahrensrechte bei verfahrensintegrierten Kompetenzen	270
b) Rechtsschutz gegen das Handeln der Europäischen Agenturen	274
aa) Sektorale Ausdifferenzierung des Individualrechtsschutzes durch den Unionsgesetzgeber	274
bb) Individualrechtsschutz im Rahmen des Artikel 263 Abs. 4 AEUV	276
cc) Bedeutung außergerichtlichen Rechtsschutzes	277
III. Verfahrensrechte und Rechtsschutz gegenüber der Delegations- und Durchführungsrechtsetzung	278
1. Delegations- und Durchführungsrechtsetzung	280
a) Das Komitologieregime	280
b) Neuordnung durch den Vertrag von Lissabon, Artikel 290, 291 AEUV	281
2. Beteiligung der Bürger und Unternehmen	283
a) Restriktive Ausgestaltung individueller Verfahrensrechte	283
b) Mediation von Individualinteressen durch Konsultation von Interessengruppen?	286
c) Perspektiven	287
3. Individualrechtsschutz gegen die Delegations- und Durchführungsrechtsetzung	289
a) Zwischen Vorabentscheidungsverfahren und Nichtigkeitsklage	289
b) Neuausrichtung der „individuellen Betroffenheit“ bei der Nichtigkeitsklage? Die Kontroverse in UPA und Jégo-Quéré	290
c) Teilprivilegierung der Klagebefugnis im Vertrag von Lissabon. Differenzierung zwischen Gesetzgebung sowie Durchführungs- und Delegationsrechtsetzung	292
IV. Von der sektoralen zur horizontalen Gewährleistung von Verfahrensrechten und Individualrechtsschutz?	297
1. Horizontalisierung durch Richterrecht	298
2. Horizontalisierung durch den Vertragsgeber	299
a) Ausprägung in den Unionsverträgen	299
b) EMRK und Grundrechtecharta	299
3. Horizontalisierung durch den Unionsgesetzgeber	300
a) Teil- und Gesamtkodifikationen als Horizontalisierungsphänomene	300

b) Perspektiven eines europäischen Verwaltungsverfahrensgesetzes	301
aa) Initiativen des Bürgerbeauftragten und des Europäischen Parlaments	302
bb) Artikel 298 AEUV als Gesetzgebungskompetenz	303
4. Grenzen der Horizontalisierung	305
E. Der Rechtsstatus des Einzelnen im Bereich des mitgliedstaatlichen Vollzugs	308
I. Grundlagen	310
1. Grund und Grenzen der mitgliedstaatlichen Verfahrensautonomie	310
2. Verfahren und Rechtsschutz in der Einflusssphäre des Unionsrechts	312
3. Komplementäre Formation eines Individualrechtsregimes	314
4. Einwirkungspfade	315
a) Normative Vorgaben des Unionsrechts	316
b) Selbstkoordination der Mitgliedstaaten	317
II. Die Rechtsposition des Einzelnen im europäisierten Verwaltungsverfahren	318
1. Konkurrenz der Verfahrensleitbilder	318
a) Die „dienende Funktion“ der Verfahrensrechte unter dem VwVfG	320
b) Der Eigenwert des Verfahrens im europäischen Verwaltungsrecht	322
c) Grundrechtsschutz durch Verfahren	324
2. Verfahrensgestaltung durch Richterrecht: Überlagerung des mitgliedstaatlichen Vollzugs durch richterrechtlich ausgeprägte Prinzipien des Primärrechts	325
a) Verfahrensrechte zwischen mitgliedstaatlicher Verfahrens- autonomie und Effektivitätsprinzip	325
aa) Die Rückforderung mitgliedstaatlicher Beihilfen zwischen Paradigma und Sonderfall. Belastung des Einzelnen durch Einschränkungen des Vertrauensschutzes.	326
bb) Gegenläufige Entwicklungen: Beobachtungen am Beispiel der Durchbrechung der Bestandskraft von Verwaltungs- entscheidungen	330
b) Zwischen Mindestharmonisierung und Reformimpulsen: Der Einfluss allgemeiner Verfahrensgrundsätze	332
3. Verfahrensgestaltung durch den Unionsgesetzgeber: Der Einzelne als Adressat systematischer Verfahrens- rechtsinnovationen	334
a) Mobilisierung des Einzelnen als Teil der Umweltöffentlichkeit	334
aa) Vorhabenbezogene Verfahrenssubjektivierung	336

bb) Informationsansprüche und Verfahrenstransparenz	346
cc) Subjektiv-öffentliche Rechte auf Umweltplanung	348
b) Subjektivierung des Vergabeverfahrens	350
aa) Erstreckung des Binnenmarkts auf den Bereich öffentlicher Aufträge	350
bb) Das Fehlen subjektiver Rechte im traditionellen haushaltrechtlichen Ansatz des deutschen Vergaberechts	351
cc) Transparenz und Wettbewerb als Verfahrensgrundsätze im Kartellvergaberecht (§§ 97 ff. GWB)	352
dd) Mobilisierung der Wettbewerber zur Verfahrenskontrolle	354
c) Verkehrsfähigkeit öffentlicher Rechte	355
aa) Das europäische Wirtschaftsrecht als Katalysator hin zur Verkehrsfähigkeit	356
bb) Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten	358
cc) Frequenzhandel im Telekommunikationsrecht	359
dd) Weitere Handlungsfelder	361
III. Die Rechtsstellung des Einzelnen im europäisierten Verwaltungsprozess	364
1. Die Rechtsschutzfunktion mitgliedstaatlicher Gerichte	365
a) Der Trennungsgrundsatz in der Rechtsschutzorganisation der EU ..	366
b) Grenzen des Trennungsgrundsatzes	366
2. Rechtsschutzbezogene Grenzen der mitgliedstaatlichen Verfahrensautonomie	368
3. Unionsrechtlicher Ausbau des Individualrechtsschutzes	370
a) Erweiterung der statthaften Rechtsbehelfe	371
b) Erweiterung der angreifbaren Rechtsakte	374
c) Erweiterung der klagbaren Rechtspositionen	375
d) Konkurrenz des überindividuellen Rechtsschutzes	377
4. Die Kehrseite: Lockerung der gerichtlichen Kontrolldichte ...	379
a) Ausbleiben rechtsschutzmaximierender Effekte: Zugang zu Gericht und gerichtliche Kontrollleistung als „System kommunizierender Röhren“	380
b) Erschütterung der deutschen Kontrolldichtekonzeption	382
5. Folgerungen für das deutsche Verwaltungsprozessrecht	385
IV. Der unionsrechtliche Haftungsanspruch des Einzelnen gegen die Mitgliedstaaten	386
1. Grundlagen	387
a) Plurale Begründungsstruktur	388
b) Universalisierung des Anwendungsbereichs	389
2. Europäisierung als Modernisierungsimpuls	391
3. Komplementärverhältnis unionaler und mitgliedstaatlicher Haftungsvoraussetzungen	393

a) Der unionsrechtliche Kerntatbestand	394
b) Komplementäre Voraussetzungen des mitgliedstaatlichen Rechts ..	396
4. Einflussnahme supranationaler Verwaltungsstellen auf den mitgliedstaatlichen Vollzug	397

F. Herausforderungen durch Verbundstrukturen: Der Einzelne im Planungs-, Regulierungs- und Informationsverbund	400
I. Grundlagen	402
1. Der konstitutive Aufgabenbezug europäischer Verwaltungsverbünde	402
2. Erfahrungen aus dem Bereich der Produktzulassung	403
II. Der Rechtsstatus des Einzelnen im Kontext europäischer Planungsverbünde	405
1. Planung als europäische Verwaltungsaufgabe – Planungsverbünde als Modi der Aufgabenerfüllung	405
2. Rechtsschutzverluste zwischen den Planungsstufen: Verfahrensrechte und Rechtsschutz am Beispiel der Habitatschutzplanung	407
a) Verklammerung mitgliedstaatlicher und supranationaler Planungsbeiträge. Gegenläufige Raumnutzungsinteressen privater Akteure	408
b) Habitatschutzplanung aus Sicht der Grundstückseigentümer und sonstigen „negativ“ Betroffenen	410
aa) Defizite bei der Sicherung der Verfahrensrechte	410
bb) Defizite beim gerichtlichen Rechtsschutz	412
c) Einzelne als Hüter des Habitatschutzverbundes? Individueller und kollektiver Rechtsschutz „positiv“ Betroffener ..	415
III. Der Rechtsstatus des Einzelnen im Bereich der Europäischen Regulierungsverbünde	419
1. Regulierung als europäische Verwaltungsaufgabe	420
2. Regulierungsverbünde als Modi der Aufgabenerfüllung	422
3. Pluralisierung der individuellen Akteure: Regulierungsbehörde, Unternehmer und Verbraucher im Regulierungsdreieck	423
4. Verfahrensrechte und Rechtsschutz der Regulierungs- adressaten: Das Beispiel des Regulierungsverbunds des Telekommunikationsrechts	424
a) Die Bundesnetzagentur im Verfahren der Marktregulierung	425
b) Formen der Vollzugsverschränkung	427

c) Verfahrensgestaltung	428
d) Gerichtlicher Rechtsschutz	429
aa) Individualrechtsschutz in mehrstufigen Verwaltungsverfahren mit supra- und transnationalen Elementen	429
bb) Unionsrechtliche Erzwingung behördlicher Gestaltungsspielräume	431
IV. Der Rechtsstatus des Einzelnen im Kontext europäischer Informationsverbünde	436
1. Information als Schlüsselbegriff des europäischen Verwaltungsrechts	437
2. Verfahren und Rechtsschutz in institutionsbezogenen Informationsverbünden	439
a) Die verbundspezifische Gefährdungslage am Beispiel des OLAF ..	440
b) Unzulässigkeit der Nichtigkeitsklage. Schadenersatzklage als Auffangrechtsbehelf	441
c) Stärken und Schwächen des außergerichtlichen Rechtsschutzes ..	442
d) Individualbeschwerde zum EGMR	443
e) Privilegierter Rechtsschutz für den europäischen öffentlichen Dienst	444
3. Verfahren und Rechtsschutz in systembezogenen Informationsverbünden	445
a) Datenbankbasierte Informationssysteme als informationelle Infrastruktur	446
b) Verfahrensgestaltung zwischen Informationsfreiheit, Datenschutz und Sicherheitspolitik	448
c) Verbundspezifischer Primär- und Sekundärrechtsschutz in der gesetzlichen Ausgestaltung	451
Gesamtergebnis	454
Rechtsaktsverzeichnis	463
Literaturverzeichnis	473
Register	547